

POLICY BRIEF

April 2018

Jérémie Gagné

Schluss mit halben Sachen – wie lässt sich gleiche politische Teilhabe für alle fördern?

Fünf Lehren aus politischen Gesprächen an Berliner Schulen in sozialen „Brennpunkten“

Die deutsche Demokratie leidet unter sozialer Schieflage: Besonders einkommensschwache Gruppen ziehen sich aus der politischen Gemeinschaft zurück. In einem Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und mangelhafter Interessenvertretung werden ganze Bevölkerungsteile zunehmend entfremdet. Jugendliche aus sozial benachteiligten Milieus werden politikfern sozialisiert und so um ihre Teilhabechancen gebracht.

Dieser Policy Brief zeigt, dass Hoffnung besteht. In Gesprächen mit SchülerInnen und ihren BetreuerInnen wurde deutlich, dass Ansatzpunkte für politische Partizipation auch und gerade in sozial prekären Lebenswelten vorhanden sind. Politische Organisationen und Akteure sollten die Jugendlichen ernst nehmen und ihren Anliegen Gehör verschaffen. Mit Selbstkritik, Mut zur Öffnung, Präsenz vor Ort und Geduld können Akteure die Demokratie wieder auf eine breitere gesellschaftliche Grundlage stellen.

UM GLEICHE POLITISCHE TEILHABE FÜR ALLE JUNGEN MENSCHEN IN DEUTSCHLAND ZU FÖRDERN, SOLLTEN POLITISCHE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE:

Jugendliche und ihre Probleme ernst nehmen

Selection Bias vermeiden: Eigene Sprache, Rituale und Inhalte überdenken und öffnen

Präsenz in politikfernen Räumen zeigen: (Politisch ausgewogene) Schul- und Quartiersbesuche, kontinuierliche Projektarbeit mit Jugendlichen zu deren Themen organisieren

MultiplikatorInnen stärken: Kontakt zu besonders politikaffinen jungen Menschen in problemreichen Milieus suchen und verstetigen

Vertrauen schaffen: (Vor-)Politische Netzwerke vor Ort aufbauen, beliebte KünstlerInnen und Stars für Teilhabeförderung gewinnen

I. Einleitung

Die Geschichte des Parlamentarismus ist, in ihrer ganzen Länge betrachtet, keine sehr egalitäre Angelegenheit. Über Jahrhunderte war das Wahlvolk, das frei über seine Repräsentanten entscheiden durfte, auf Männer aus Aristokratie und allenfalls Bürgertum beschränkt. Selbst wenn heute in Deutschland alle volljährigen StaatsbürgerInnen zur Wahl der Parlamente zugelassen sind, ist unser politisches System noch immer nicht unmittelbar darauf angewiesen, dass sich alle Bevölkerungsteile auch tatsächlich gleichmäßig beteiligen. Weder existiert ein rechtliches Mindestquorum für die allgemeine oder gruppenspezifische Wahlbeteiligung, noch ist Vollpartizipation Teil des repräsentativ-demokratischen Genoms. Nicht umsonst schillert der Begriff der Repräsentation¹: Er legt sich nicht auf das unmittelbare Abbilden des Wahlvolkes fest, sondern umfasst vor allem auch das mittelbare Vertreten und An-jemandes-statt-Entscheiden.

Insofern müsste es das politische System nicht allzu sehr bekümmern, dass sich im Lauf der Jahrzehnte ein soziales Gefälle in der politischen Teilhabe aufgetan hat. Während beispielsweise die Wahlbeteiligung bessergestellter Bevölkerungsteile auf hohem Niveau verbleibt, ziehen sich besonders einkommensschwache und bildungsferne Gruppen aus der politischen Gemeinschaft zurück – ein Trend nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in zahlreichen westlichen Nationen.²

Doch bleibt es nicht bei dieser Schieflage auf Wähler-Innenebene. Wie der Politikwissenschaftler Armin Schäfer nachgewiesen hat, leidet zugleich die Qualität der Repräsentation auf parlamentarischer Ebene. Erstens wird die soziale Struktur der VolksvertreterInnen zunehmend zugunsten von AkademikerInnen verzerrt: die Abbildung des Wahlvolkes funktioniert nicht mehr ausreichend.³ Zweitens entsprechen nachweislich die

Beschlüsse des Parlaments systematisch stärker den Präferenzen höherer Bevölkerungsschichten als jenen sozial benachteiligter Gruppen. Die Interessen letzterer finden weniger Gehör.⁴

Es entsteht ein Teufelskreis: Fehlrepräsentation und mangelnde politische Responsivität verstärken bei bereits politikfernen Bevölkerungsteilen Gefühle der Entfremdung. Man erkennt sich weder im politischen Personal noch in dessen Entscheidungen. Die Bereitschaft zur eigenen Teilhabe im "fremden" System sinkt weiter. Im Gegenzug verengen die VolksvertreterInnen ihren Blick zunehmend auf wahlfreudige Gruppen. Der Kontakt zwischen politischen EntscheiderInnen und benachteiligten Milieus reißt ab.

In der Folge lebt das repräsentativ-demokratische System gefährlich: Einerseits werden Interessen und Lebenswelten eines substanziellen Bevölkerungsteils nicht mehr in seine Willensbildungsprozesse eingebracht, wodurch sein Vertretungsanspruch Schaden nimmt. Andererseits werden latente Konflikte und Spannungen nicht schnell genug vom politischen Diskurs erfasst und absorbiert, da er – bildlich gesprochen – schließlich auf einem Ohr taub ist. Das Erfolgspotenzial populistischer und antipluralistischer Tendenzen wächst.

Vor allem aber bedeutet dieser Kontaktabbruch einen enormen Verlust an demokratischem Potenzial. Auf der einen Seite bleibt eine große Zahl von StaatsbürgerInnen mit ihren – nominell gegebenen – politischen Rechten außen vor. Auf der anderen Seite erhält das politische System nicht alle Informationen, die es für gerechte und zeitgemäße Entscheidungen benötigt. So bleibt das Gemeinwesen unter seinen Möglichkeiten.

1. Das Progressive Zentrum widmet diesem Begriff und seiner Bedeutung im 21. Jahrhundert in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung ein derzeit anlaufendes Projekt. Besonderer Dank gilt den TeilnehmerInnen einer ersten DenkerInnen-Runde, die verschiedene Bedeutungen des Begriffs beleuchtet haben.

2. vgl. Kaeding/Haußner (2016): Gut bekannt und unerreicht? Soziodemografisches Profil der NichtwählerInnen. Empirische Sozialforschung 6, Friedrich-Ebert-Stiftung.

3. vgl. Schäfer (2013) Die Akademikerrepublik - Kein Platz für Arbeiter und Geringgebildete im Bundestag? Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

4. vgl. Elsässer/Hense/Schäfer (2017): Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27.

II. Politische Teilhabe und Sozialisation – was Hänschen nicht lernt...

Leider hat das Syndrom der politischen Entfremdung viel mit dem Klimawandel gemein: Beide Prozesse verlaufen langfristig und reagieren träge auf veränderten Input, d.h. sie sind – wo nicht bereits unumkehrbar – nur mit Verzögerung umzulenken.

In der Tat ist politische Teilhabe in vielen Fällen eine komplexe Funktion von Sozialisation, Gruppendynamik, Vertrauens- und Misstrauensverhältnissen, die im Laufe eines Lebens zu einer bestimmten Haltung gegenüber Politik führen. Dasselbe gilt für das Gegenteil politischer Teilhabe. Menschen sind keine Monaden im luftleeren Raum, die ihr Verhältnis zur Politik vollständig im Alleingang bestimmen. Die Forschung zeigt: Gerade das (Nicht-)Wahlverhalten lernen sie förmlich voneinander.⁵ Dies bedeutet auch, dass Personen, die bereits in politikferne Lebenswelten hineingeboren werden, mit sehr großer Wahrscheinlichkeit durch ihr Umfeld früh eine Prägung erfahren, die eine „Kurskorrektur“ näher heran an Politik im weiteren Verlauf erschwert.

Hinzu kommt der kontinuierlich steigende Anteil von jungen Deutschen mit Migrationshintergrund. Sie bilden eine neue Kohorte von StaatsbürgerInnen, deren Eltern oftmals selbst kein Wahlrecht in Deutschland besitzen und daher zentrale Rituale wie den Wahlgang nicht in der Familie vorleben können. So wird der Einstieg in Beteiligung zusätzlich erschwert.

Just auf dessen rasches Gelingen kommt es aber an. Denn politische Teilhabe ist zu einem Gutteil auch Gewohnheitssache. Das Beteiligungsniveau einer Altersgruppe unmittelbar nach der Volljährigkeit ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung im weiteren Lebensverlauf – von einem schwachen Start erholt sich die Partizipation später nicht mehr.

Tatsächlich wird seit Jahrzehnten die Kluft in der Beteiligung zwischen jüngeren und älteren Kohorten stetig größer.⁶

Dies bedeutet im Umkehrschluss: Je früher im Leben politische Teilhabe gefördert wird, desto besser stehen die Chancen, eine Trendwende einzuleiten – und Jugendliche aus politikfernen Lebenswelten überhaupt erst in die Lage zu versetzen, ihre Rechte wahrzunehmen.

Allerdings ist es für „die Politik“ oftmals nicht leicht, diesen Förderbedarf zu erkennen und anzugehen. Denn junge Menschen aus sozial benachteiligten Milieus sind für viele politisch Aktive die unbekannte Größe schlechthin. Sie fahren sozusagen im toten Winkel von übermäßig akademisierten und zudem überalterten politischen Parteien.⁷

Während politische BildnerInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen großes Wissen zu den Einstellungen, Problemen und Hilfebedarfen junger Menschen aus prekären Umfeldern sammeln, verfügt das unmittelbare politische Milieu kaum über eigene Berührungspunkte. Diese bräuchte es aber, um inhaltlich und kommunikativ die richtigen Weichen zu stellen. Annäherung der Politik an diese Jugendlichen ist daher – im Wortsinne – geboten: Es gilt, mehr übereinander zu erfahren.

Der vorliegende Policy Brief soll hierzu einen bescheidenen Teil beitragen. Er beschreibt den Versuch, einen ersten (unvollständigen) Eindruck davon zu gewinnen, wie Jugendliche aus unterprivilegierten Lebenswelten über Politik denken, was sie sich von ihr erwarten, und inwiefern sie an ihr mitwirken möchten.

5. vgl. Petersen/Hierlemann/Vehrkamp/Wratil (2013): Gespaltene Demokratie - Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

6. vgl. Abendschön/Roßteutscher (2011): Jugend und Politik. Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? In: Bytzek/Roßteutscher (Hrsg.): Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. S. 59-80. Frankfurt: Campus.

7. vgl. Niedermayer (2017): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017. Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 27, FU Berlin

III. Von Potenzialen und Hindernissen: Jugendliche schildern ihren Blick auf Politik...

Zu diesem Zweck wollte der Autor das direkte Gespräch mit Jugendlichen suchen. Doch die Suche nach dem richtigen Vorgehen warf viele Fragen auf: Wo und wie sollten passende Zielpersonen identifiziert und angesprochen werden? Wie war bei begrenzten Zeit- und Projektressourcen die erfolgreiche Rekrutierung von Gesprächsteilnehmenden überhaupt zu bewerkstelligen? Wie konnte ein geschützter Raum gewährleistet werden, der für einen vertrauensvollen Austausch wichtig ist?

Eine überzeugende Antwort auf diese Fragen fand sich schließlich in der Zusammenarbeit mit der Bildungsorganisation Teach First Deutschland⁸. Deren Philosophie und Methode ermöglichte ein geschütztes Gespräch mit genau der richtigen Zielgruppe, d.h. Jugendlichen aus herausforderndem Umfeld. Insgesamt fanden Termine an zwei Berliner TeachFirst-Einsatzschulen statt. Beide Sekundarschulen liegen in Stadtteilen, die mit einer Vielzahl sozialer Probleme kämpfen. Während der Termine wurde einerseits mit jeweils fünf bis sechs Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren über Politik diskutiert, andererseits wurden die betreuenden Teach First-Fellows zu ihren Erfahrungen und demokratiepolitischen Ableitungen aus der Arbeit mit den SchülerInnen befragt.

Die zentralen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus diesen Gesprächen werden im Folgenden vorgestellt.

Vorweg soll die Offenheit Erwähnung finden, mit der die SchülerInnen in das Gespräch eintraten. Sämtliche Fragen behandelten sie differenziert und mit großem Engagement, so dass sich die Diskussionen zu

8. Teach First Deutschland ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für gleiche Bildungschancen aller SchülerInnen einsetzt. Sie entsendet exzellente HochschulabsolventInnen im Rahmen von zweijährigen Fellowships an Schulen in sozialen „Brennpunkten“. Dort arbeiten die Fellows direkt und eng mit SchülerInnen zusammen, um sie bestmöglich zu fördern und zu unterstützen. Mehr Infos unter www.teachfirst.de. Mein besonderer Dank gilt Susanne Frank und dem gesamten TeachFirst-Team, den beiden beteiligten Fellows und allen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern, ebenso wie den beteiligten Schulleitungen.

konstruktiven Selbstläufern entwickelten. Zugleich soll nicht verschwiegen werden, dass von einer gewissen Selbstselektion der Teilnehmenden auszugehen ist: Sie waren allesamt freiwillig zu den Themengesprächen erschienen. Es handelte sich somit mit großer Wahrscheinlichkeit um einen eher politikaffinen Teil der Gesamtschülerschaft. Gerade in dieser Eigenschaft – als potenzielle politische MeinungsführerInnen vor Ort – lieferten sie jedoch besonders wertvolle Einsichten.

LEBENS- UND ERFAHRUNGSWELT: WO POLITIK WIRKLICH GEBRAUCHT WIRD...

Es ist eine Sache, im politischen Diskurs aus sicherer Entfernung über verschiedene gesellschaftliche Missstände zu theoretisieren und Lösungen zu suchen. Es ist eine andere Sache, aus dem Munde von SchülerInnen zu hören, dass sie viele dieser Probleme aus eigener lebensweltlicher Anschauung kennen: Schilderungen von Kriminalität, mangelndem Sozialvertrauen und Aggressionen in der Nachbarschaft, sowie von diversen sozialen Problemen im eigenen Viertel waren zahlreich und gut dokumentiert. Auch Handlungsbedarfe in der Schulpolitik (z.B. Ausstattung der Schulen) wurden aus unmittelbarer eigener Erfahrung angesprochen.

Auffallend war die abgeklärte Ernsthaftigkeit, mit der über diese Sachverhalte gesprochen wurde. Sie wurden klar benannt und als problematisch erkannt. Im mutmaßlichen Gegensatz zu Jugendlichen aus privilegierten Lebenswelten, die derzeit mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit selbst politisch aktiv werden, verfügen diese SchülerInnen also über eigene Berührungspunkte mit – und einen eigenen Begriff von – hochrelevanten Problemfeldern.

Die SchülerInnen zeigten sich allerdings in ihrem politisch-gesellschaftlichen Denken keineswegs auf ihr unmittelbares Umfeld beschränkt. Ebenso kamen abstraktere Themenbereiche wie Umweltschutz, soziale Ungleichheit, internationale Konflikte, Flucht und Asyl zur Sprache. Zudem benannten die Jugendlichen das politische Desinteresse vieler Menschen als Problem, nicht zuletzt in Verbindung mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus. Dieser könne so ungestört wachsen:

Viele Menschen machten sich in ihrer Gleichgültigkeit zu wenige Gedanken darüber, was rechtspopulistische Inhalte für ihr eigenes Leben bedeuten würden.

Insgesamt ergab sich ein Bild von jungen BürgerInnen, die beileibe nicht am Rand, sondern in der Mitte einer gesellschaftlichen Entwicklung stehen, deren Auswirkungen sie hautnah miterleben. Somit sollten sie eigentlich in einem besonders engen Verhältnis zum politischen System stehen, das ihnen selbst und der Politik im Großen zuträglich wäre.

Denn einerseits kann politisches Handeln im Leben dieser Jugendlichen einen enormen Unterschied machen – je nachdem, ob relevante Probleme angegangen werden oder nicht. Andererseits ist das politische System dringend auf Berichte und Informationen aus erster Hand angewiesen, die ihm VertreterInnen anderer, weniger problemexponierter Bevölkerungsteile nicht in dieser Deutlichkeit liefern können. Es wäre also ein dramatischer demokratischer Verlust, wenn hier kein Kontakt zustande käme.

POLITIK IST EIN MUSS

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Gespräche war, dass niemand unter den SchülerInnen Politik für verzichtbar hielt. Im Gegenteil: Man bestand darauf, dass ein Land wie Deutschland politisch gestaltet und reguliert werden müsse, um bestehen zu können. Auch wurde dies nicht nur als gegebene Tatsache statuiert, sondern mit verschiedenen Vernunftgründen untermauert.

Erstens erkannten die Jugendlichen die Bedeutung von Gesetzgebung und ihrer Durchsetzung für das Gemeinwesen. Ohne Politik würden Chaos und Unrecht herrschen. Zweitens waren sie der Ansicht, dass Politik nötig sei, um bloße Meinungen in gemeinsame Entscheidungen zu überführen. Drittens wurde dieser Prozess der Willensbildung demokratisch definiert: Politik setze, im Idealfall, den Volkswillen um. Als vierte Funktion von Politik wurde die vermittelnde Wirkung von Politik genannt, um Interessensausgleich innerhalb eines Landes, aber auch in der Welt zu ermöglichen.

Zugleich wurde jedoch Kritik am Status Quo geäußert: Die Politik sei nicht demokratisch genug und würde auch international nicht ausreichend auf Ausgleich

setzen. Zu sehr stünden persönliche und rein eigennützige Machtinteressen im Vordergrund von Politik – national und weltweit.

„Viele SchülerInnen finden: Politik ist nicht demokratisch genug. Machtinteressen stehen zu weit im Vordergrund.“

Es trat insgesamt klar zutage, dass die SchülerInnen ihr Leben und jenes ihrer Mitmenschen keineswegs im luftleeren Raum verorten. Stattdessen herrschte weitgehend Konsens darüber, dass Politik eine notwendige Ebene darstellt, auf der wichtige Entscheidungen getroffen werden. Ebenso wurde deutlich, dass dort auch Fehlentwicklungen (z.B. Machtmissbrauch) stattfinden können, die der Korrektur bedürfen. Politik wurde als etwas Wertvolles erkannt, das es im Auge zu behalten gilt.

POLITISCHE BETEILIGUNG VERSTEHT SICH VON SELBST

Die meisten der befragten Jugendlichen hielten es für selbstverständlich, als Erwachsene später ihrer BürgerInnenpflicht nachzukommen und sich beispielsweise an Wahlen zu beteiligen. Betont wurde auch die besondere Verantwortung, die die nachrückende Generation für ihr eigenes Schicksal trage.

Zwar wurde eingeräumt, dass man als Jugendliche politisch noch nicht allzu viel ausrichten könne: Es fehle an Einfluss und Gehör bei den Erwachsenen, und zudem fehle es an eigenen Geldmitteln, um beispielsweise Projekte ins Leben zu rufen. Nichtsdestotrotz solle man versuchen, das Gespräch mit Erwachsenen im eigenen Umfeld zu suchen – so könne man Debatten indirekt mitprägen. Ebenso habe man die Pflicht, sich bereits als Jugendliche möglichst weit zu bilden, um sich auf die spätere staatsbürgerliche Rolle vorzubereiten.

„Problem: Jugendlichen fehlt politischer Einfluss und Gehör bei den Erwachsenen.“

Allerdings ergab sich eine Kluft bei der Frage, ob man schon heute Dinge tun könne, um Probleme im persönlichen Lebensumfeld anzugehen. Während ein Teil der Jugendlichen spontan Handlungsoptionen vorschlug (beispielsweise das Gespräch mit Nachbarn, Koordination mit Gleichgesinnten), betonte eine zweite Gruppe vor allem die eigene Ohnmacht: Es fehle an Geld, man wisse nicht, was zu tun sei, etc.

Diese Varianz zwischen wahrgenommener Gestaltungsmacht und -ohnmacht ist relevant vor dem Hintergrund, dass sich exakt an dieser Stelle in Untersuchungen mit Erwachsenen NichtwählerInnen von WählerInnen trennen.⁹ Ein Baustein, der zu Gefühlen von Hilflosigkeit beitragen könnte, mag der Mangel an institutionellem Wissen sein, der einen sinnvollen Zugang zu Handlungsmöglichkeiten im politischen System erschwert. So war erkennbar, dass die optimistischeren SchülerInnen in der Tendenz größere Kenntnisse über mögliche AnsprechpartnerInnen (z.B. in lokalen Parteigliederungen, sozialen Organisationen, etc.) besaßen.

Insgesamt war aber bemerkenswert, wie konstruktiv man sich mit der Frage der eigenen politischen Beteiligung beschäftigte. Es gab keinen einzigen Fall von destruktiver oder gar aggressiver Verweigerung. Das Bedürfnis, selbst einen Unterschied zu machen, war spürbar, sofern das hierfür nötige politische Selbstbewusstsein gegeben war.

POLITIK IST WEIT WEG – BIS SIE SICH VOR ORT ZEIGT

Trotz aller Bereitschaft zur eigenen Beschäftigung mit Politik zeigte sich, dass die Jugendlichen eine große Distanz zwischen der eigenen Lebenswelt und der politischen Ebene wahrnehmen. So stellten einige der Teilnehmenden das politische Geschäft als einen Kampf um Macht dar, der auf sehr großer „Flughöhe“ zwischen einflussreichen Personen ausgetragen werde. Betont wurde ebenso, dass PolitikerInnen wahrscheinlich keine Zeit hätten, sich mit örtlichen Problemen in einzelnen Nachbarschaften auseinanderzusetzen: Nationale und internationale Verpflichtungen hätten Vorrang.

„Häufige Einschätzung: PolitikerInnen haben keine Zeit, sich mit Problemen vor Ort zu beschäftigen.“

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Jugendlichen es sehr wohl wahrnehmen, wenn VertreterInnen aus der Politik in ihrem Umfeld – beispielsweise an der Schule – in Erscheinung treten. Viele von ihnen konnten sich an PolitikerInnen-Besuche vor Ort erinnern und empfanden diese meist positiv. Manche SchülerInnen berichteten zwar, dass sie zum Zeitpunkt des Besuchs noch zu jung gewesen seien, um den Gast in seiner Rolle wahrzunehmen. Meist wurden die Besuche jedoch als interessante Gelegenheit zum Gespräch geschildert. Zudem schien damit jeweils eine Aufwertung der Schule und ihrer SchülerInnen verbunden.

Auch politische AktivistInnen auf der Straße, beispielsweise an Infoständen, nehmen die SchülerInnen wahr. Deren Präsenz schilderten sie durchweg als sinn- und wertvoll. Es ergab sich der Eindruck, dass solche Berührungspunkte mit politischen VertreterInnen langfristig im Gedächtnis der SchülerInnen verankert bleiben. Politik wird also ganz konkret wahrgenommen, sobald sie sich vor Ort zeigt.

„Faustregel: Wenn Stars sich mit Politik beschäftigen, kommt das mit hoher Wahrscheinlichkeit bei den SchülerInnen an.“

Weiter zeigte das Gespräch, dass die SchülerInnen politische Kommunikation vor allem dann zur Kenntnis nehmen, wenn sie in unkonventionellen und humorvollen Formaten übermittelt wird. Die Jugendlichen reagieren beispielsweise besonders neugierig und diskussionsfreudig auf zugespitzte Plakate und Slogans. Gleiches gilt für Botschaften, die von ihnen bekannten Stars (z.B. MusikerInnen) mitgetragen würden. Über Rollenvorbilder werde der thematische Zugang erleichtert.

⁹ vgl. Blaeser/Butzlaff/Micus/Pausch/Scalabrino (2016): Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen in Göttinger Stadtvierteln. Empirische Sozialforschung 5, Friedrich-Ebert-Stiftung.

NEGATIVER GRUPPENDRUCK: DIE MACHT DES UMFELDS

Wie bereits eingangs erwähnt, handelte es sich bei den teilnehmenden Jugendlichen um den eher politikaffinen Teil der örtlichen Schulgemeinschaft. Umso relevanter war das Urteil über den negativen Gruppendruck, der oftmals im Klassengeschehen entstehe. Als Norm stelle sich dort entweder Desinteresse oder aber stark emotionales Diskussionsverhalten ein. Eine sachliche Beschäftigung mit Politik sei dagegen schwierig. Insofern handeln die interessierten SchülerInnen in Opposition zur sozialen Dynamik, wenn sie sich mit politischen Fragen konstruktiv auseinandersetzen.

Hieran wird die Kluft zu bürgerlich-akademischen Milieus deutlich, in denen engagementfreudige Jugendliche wesentlich stärker ermutigt werden und sich gegenseitig bestärken können. Die Gruppendynamik begünstigt dort das eigene Tätigwerden. An exklusiven Privatschulen oder bürgerlichen Gymnasien kostet es somit – ganz abgesehen von den besseren Bildungsressourcen – schlichtweg weniger soziale Energie, sich bereits früh politisch zu verwirklichen. Es herrscht Rücken- statt Gegenwind.

Bemerkenswert war in diesem Kontext, wie sehr die interviewten Jugendlichen die politisch-gesellschaftliche Indifferenz in Teilen der jungen Generation problematisierten. Den SchülerInnen war bewusst, dass solche Verweigerung einen demokratischen Verlust für die Gesamtheit ihrer Altersgruppe darstellt.

RAUM UND GEHÖR: DAS BEDÜRFNIS, ERNST GENOMMEN ZU WERDEN

Ein roter Faden, der alle Gespräche durchzog, war der Mangel an inhaltlicher Aufmerksamkeit und Wertschätzung, den Jugendliche für ihre Meinungen erführen – insbesondere solche in weniger privilegierten Lebensverhältnissen. SchülerInnen würden in ihren Ansichten schlichtweg nicht ernst genug genommen – von einzelnen Erwachsenen und der Gesellschaft insgesamt. Sie bekämen (auch in der Schule) nicht den nötigen Raum, um ihre Gedanken nach außen zu tragen. Sie würden nicht gehört, und könnten auf diese Weise nicht das nötige Selbstbewusstsein entwickeln, um später selbst aktiv zu werden.

Die Jugendlichen seien förmlich daran gewöhnt, nichts zu sagen zu haben. Auf Grund solch negativer Erfahrungen würden viele SchülerInnen sich in Gesprächs- oder Projektsituationen nur behutsam öffnen. Erst wenn das nötige Vertrauen hergestellt sei und klar würde, dass tatsächlich Raum für eigene Meinungen vorhanden sei, könnten sich tiefe Gespräche entwickeln. Dann aber käme das Bedürfnis, die eigene Sicht der Dinge mit anderen zu teilen und Gehör zu finden, voll zum Tragen.

„Jugendliche aus schwierigen Lebenslagen wissen oftmals nicht um ihre eigene Handlungsmacht.“

Wie bereits kurz erwähnt, war auch während der hier geführten Gespräche auffallend, wie konstruktiv die Jugendlichen die gebotene Gelegenheit wahrnahmen, ihre politischen Standpunkte darzulegen. Teils bedankten sie sich nach Diskussionsende ausdrücklich für die Möglichkeit der Teilnahme und regten sogar eine Wiederholung an.

Weiter wurde das Problem angesprochen, dass Jugendliche aus schwierigen Lebenslagen insgesamt einen Mangel an Erfahrungen aufwiesen, die ihnen ihre eigene Handlungsmacht vor Augen führen könnten. Oftmals wüssten sie gar nicht um ihre Fähigkeit, Herausforderungen selbst anzugehen und zu bewältigen. Folge sei ein mangelnder Selbstwert bei vielen jungen Leuten, so dass bereits die schulischen Aufgaben schwerfielen – ganz zu schweigen von weiterführendem Engagement, etwa im politisch-gesellschaftlichen Bereich.

IV. Erkenntnisse: Wie politische Beteiligung von jung an gefördert werden kann

Es steckt beträchtliches partizipatorisches Potenzial in jungen Menschen aus sozial prekären Lebenswelten. Bislang finden sie jedoch noch viel zu selten den Weg zu aktiver Mitarbeit und Beteiligung an der deutschen Demokratie.

Um dies zu ändern, könnte man an mindestens zwei Hebeln ansetzen: der Bildung und politischen Bildung (beispielsweise an den Schulen) einerseits, der Öffnung von politisch-gesellschaftlichen Akteuren (z.B. Vereinen, Parteien, NGOs, etc.) andererseits. Hinsichtlich zweiter bietet sich hier eine Reihe an Erkenntnissen dar, die in der zukünftigen Arbeit von Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen Berücksichtigung finden sollten.

Allerdings schließen sich beide Handlungsbereiche nicht gegenseitig aus – oftmals gehen sie sogar Hand in Hand. Auch sollte bei allen folgenden Vorschlägen stets bedacht werden, dass ohne die erfolgreiche Förderung von Selbstwert, individuellen Fähigkeiten und thematischer Neugier an den Schulen (beispielsweise durch besondere Projektklassen) jede weitere Chance auf politische Teilhabe vermindert ist.

JUGENDLICHE ERNST NEHMEN

Während der Gespräche wurde eines gewiss: Hier handelte es sich nicht um Bedürftige, die auf politische Vertretung durch andere, womöglich akademische Milieus angewiesen sind. Im Gegenteil: Diese Jugendlichen haben das Potenzial und vor allem das Recht, sich als gesellschaftlich Handelnde einzubringen und auch selbstständig zu vertreten.

Zudem wären sie eine Bereicherung für unser politisches System: Sie können spezifische Erfahrungen einbringen, die andere Bevölkerungsteile so nicht machen. Der nötige Bericht über ihre Lebenswelt kann den

Diskurs massiv bereichern, sofern politische Institutionen ihre strukturelle Schlagseite zugunsten von Mittelschichten und AkademikerInnen überwinden. Man täte also gut daran, diese Menschen ernst zu nehmen.

Im Gegensatz zu den Sprösslingen bessergestellter Bevölkerungsteile verfügen sie jedoch in den meisten Fällen nicht über das erforderliche Sozialkapital, um sich bereits früh im gesellschaftlichen Raum zu orientieren und die richtige Beteiligungsform – beispielsweise in Form einer Vereins- oder NGO-Mitgliedschaft – zu wählen. Politische Organisationen haben, sollten sie tatsächlich an einer lebhaften Demokratie interessiert sein, eine Bringschuld gegenüber diesen jungen Menschen. Sie sollten ihnen aktiv entgegenkommen.

SELECTION BIAS VERMEIDEN

Es ist ein allgemein zu beobachtendes Phänomen, dass homogene soziale Gruppen vor allem Menschen anziehen und rekrutieren, die den bisherigen Gruppenmitgliedern ähnlich sind. Bei einer Überrepräsentation von AkademikerInnen und höheren Schichten in politisch-gesellschaftlichen Organisationen ist damit die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sich die Schiefelage auch unter den Neueintreten fortsetzt. Die Zugangsbeschränkungen, die dabei (oft unbewusst) zum Einsatz kommen, sind mannigfaltig: Sie finden sich u.a. in Sprache, thematischer Schwerpunktsetzung, geltenden Tabus, Kleidungs- und Verhaltensregeln, sowie in der Notwendigkeit bestehender persönlicher Netzwerke.

Im konkreten Beispiel ist es so durchaus vorstellbar, dass eine politische Jugendorganisation, die sich händeringend um Nachwuchs bemüht, Teile eben jenes Nachwuchses durch ihr geltendes Regelwerk, gruppenspezifische Kommunikationsweisen und vorgefassten Konsens abschreckt. Im Spagat zwischen Öffnung und Bewahrung behält letztere die Oberhand.

Stattdessen wäre es ratsam, zunächst die zu gewinnenden Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu gehört, sich nach ihren Alltagsproblemen und Ansichten zu erkundigen, also zuzuhören. (Mögliche Anknüpfungspunkte sind z.B. soziale Missstände, Generationen- und kulturelle Konflikte, oder auch die Schulpolitik.) Dazu gehört auch, die eigene Sprache

für Nicht-AkademikerInnen verständlich zu gestalten – nicht aber, sie übermäßig und künstlich zu vereinfachen. Gefragt ist ein alltägliches Sprachregister, das Respekt und Wertschätzung für die Jugendlichen zum Ausdruck bringt. Auf vermeintliche Regel- oder Tabuverstöße (beispielsweise das Einbringen politisch „unerwünschter“ Ansichten) sollte man mit offenem Dialog reagieren und sachlich erläutern, dass zum angesprochenen Thema im Raum auch andere Meinungen bestehen.

Zur Veranschaulichung der Problematik denkbar wäre ebenso eine Initiative von StudienabgängerInnen, die sich der Förderung politischer Teilhabe durch Debattenformate verschreibt – ihr Angebot dabei aber so konzipiert, platziert und kommuniziert, dass sie letztendlich nur mit anderen, ohnehin politiknahen, AbsolventInnen debattiert.

Einige einfache Grundfragen bei der Prüfung der eigenen Bemühungen sollten daher lauten: Wen spreche ich mit meinem Angebot an? Öffnen wir uns gerade wirklich – oder reproduzieren wir uns nur? Halten wir es überhaupt aus, uns zu öffnen? Wo kommen unsere Botschaften an? Wo finden unsere Veranstaltungen statt? Welche Inhalte bieten wir an, welche wollen wir vermeiden?

Stellt man diese Fragen nicht oder beantwortet sie unvollständig, kommt es leicht zum Selbstbetrug über den Erfolg der eigenen Teilhabestrategie. Es wäre schade, wenn die eigene „Jugendarbeit“ dauerhaft stets nur einen kleinen, zumeist privilegierten Teil aller jungen Menschen – d.h. zumeist GymnasiastInnen und HochschülerInnen – erreichen würde.

PRÄSENZ VOR ORT ZEIGEN

Jugendliche aus prekären Umfeldern verfügen in der Regel nicht über persönliche Kontakte zu Mitgliedern politischer Organisationen, von Vereinen oder Parteien. Da sie zudem nicht in Milieus sozialisiert werden, in denen Engagement selbstverständlicher Teil des Habitus ist, werden wohl – selbst bei gegebenem politischen Interesse – vergleichsweise wenige von ihnen aktiv nach passenden Angeboten suchen.

Im Gegenzug ist es unerlässlich, dass politische und zivilgesellschaftliche Organisationen selbst Präsenz vor Ort zeigen, das heißt einen Schritt auf die jungen StaatsbürgerInnen zugehen. Dies sollte natürlich kontextspezifisch, altersgerecht und in einem geschützten Rahmen passieren. Vorstellbar wäre beispielsweise die Intensivierung von themenspezifischen Projektangeboten an Schulen, bei denen SchülerInnen mit VertreterInnen verschiedener Organisationen gezielt einzelne Fragestellungen bearbeiten. (Während der Gespräche wurde von den guten Erfahrungen berichtet, die man im Rahmen von U-18-Wahlen oder Projektwochen mit externen Gästen gemacht habe.) Wichtig wäre dabei selbstredend, die politische Neutralität (aber eben nicht Sterilität!) der Schule zu wahren: RepräsentantInnen politischer Kräfte dürften nicht einseitig eingeladen werden.

Bei allen diesen Bemühungen ist Geduld unverzichtbar. SchülerInnen benötigen Zeit und Raum, um sich ihren politisch-gesellschaftlichen AnsprechpartnerInnen schrittweise zu öffnen. Projekte sollten sich deshalb nicht in Einzelterminen erschöpfen, sondern über einen gewissen Zeitraum verstetigt werden.

Auf jeden Fall müssen politische Organisationen – allen voran die Parteien – es vermeiden, ihre Anstrengungen auf besonders wahl- und engagementfreudige Bevölkerungsteile und Gebiete zu verengen. Andernfalls würde die lebensweltliche Distanz zwischen Politik und entfremdeten Milieus verstärkt. Politisch-gesellschaftliche Akteure sollten das Ideal einer ausbalancierten Demokratie beherzigen – auch wenn kurzfristiges Kalkül dagegen zu sprechen scheint. Mittelfristig können sie so überdies das Rekrutierungspotenzial populistischer bzw. antipluralistischer Kräfte vermindern, indem sie selbst lebensweltlichen Kontakt zu „gefährdeten“ Wählergruppen halten.

MULTIPLIKATORINNEN STÄRKEN

Das schiere Ausmaß der politischen Nichtbeteiligung in manchen Stadtteilen mag auf politische Akteure frustrierend wirken. Tatsächlich mag es teils sinnlos erscheinen, Präsenz in einer Lebenswelt zu zeigen, in der Mehrheiten der Politik indifferent gegenüber stehen. Auch an den besuchten Schulen ist davon auszugehen,

dass die Mehrheit der SchülerInnen deutlich weniger politisch interessiert ist als die GesprächsteilnehmerInnen.

Umso wichtiger ist es zu verstehen, dass die Aufgabe im ersten Schritt nicht zwangsläufig darin besteht, die Gesamtheit einer Gruppe für Teilhabe zu begeistern, sondern gezielt mögliche MultiplikatorInnen aufzubauen. Diese MultiplikatorInnen können dann – Schritt für Schritt – weitere Personen von der Bedeutung politischer Partizipation überzeugen, so dass das Beteiligungsniveau insgesamt ansteigt.

Politisch interessierte Jugendliche wie die hier beschriebenen können eine solche „Verstärkerfunktion“ übernehmen. Dafür müssen politische Organisationen rechtzeitig – in der richtigen Sprache, mit den richtigen Inhalten (s. „Selection Bias vermeiden“) – auf sie zugehen, um sie in ihrem Tun zu bestärken. Es war auch während der Gespräche leicht vorstellbar, welchen Informations- und Motivationszugewinn eine Einzelperson für ihr Umfeld herstellen könnte, wenn ein Erstkontakt mit politischen Akteuren erfolgreich verläuft und verstetigt wird.

Historische Vorbilder für eine solch schrittweise Durchdringung gibt es unzählige. Die Arbeiterbewegung sorgte beispielsweise nicht spontan für kollektives politisches Bewusstsein im Proletariat, sondern organisierte sich graduell in einem zuvor politisch unstrukturierten Umfeld.

In diesem Kontext ist überdies das politisch vielbeschworene Aufstiegsmotiv von Bedeutung. Meist wird dieses auf die individuelle Ebene verkürzt: Indem eine Person Leistung erbringt, gelingt es ihr, das Ursprungsmilieu zu verlassen und in einen bessergestellten Bevölkerungsteil hinüberzuwechseln. Übertragen auf das Bild von den MultiplikatorInnen würde dies jedoch bedeuten, dass die Person sich beispielsweise akkumuliert und die alte Lebenswelt verlässt – damit aber auch die Verstärkerrolle vor Ort verloren geht. Nicht zuletzt die Geschichte der Bildungsexpansion vergangener Jahrzehnte zeigt, wie stark der Aufstieg Einzelner mit Stagnation und sogar Rückschlägen im restlichen Herkunftsmilieu verknüpft sein kann.

Vielleicht täten politische Akteure deshalb gut daran, das soziale Aufstiegsmotiv wieder stärker kollektiv zu denken: Wie kann die gesellschaftliche Aspiration bzw. die politische Partizipation in einer ganzen Lebenswelt gesteigert werden? Wie kann sichergestellt werden, dass besonders ambitionierte Einzelpersonen möglichst viele in ihrem Umfeld mitziehen? Dies ist keine Frage, die sich leicht beantworten lässt – dennoch sollte sie gestellt werden, um unsere Perspektive auf gesellschaftlichen Aufstieg zu hinterfragen. Die reine Absorption einzelner AufsteigerInnen durch gesellschaftlich dominante Milieus beseitigt jedenfalls noch nicht die soziale und politische Ungleichheit an sich.

BRÜCKEN ERRICHTEN – VERTRAUEN STÄRKEN

Eng verbunden mit gelungener Multiplikation ist der Aufbau einer Kette von persönlichen Vertrauensverhältnissen zwischen politischer Ebene und den einzelnen jungen BürgerInnen. Dies ist wahrlich kein neuer Ansatz: Politische Sozialisation funktioniert nicht erst seit gestern darüber, dass man Menschen kennt und vertraut, die ihrerseits Menschen kennen und vertrauen, die sich politisch engagieren. Derartige persönliche Verhältnisse hatten – historisch gesprochen – ganz entscheidenden Anteil am Aufbau aktiver politischer Milieus. Allein über unpersönliche Appelle oder kurzfristige Kampagnen wird eine Lebenswelt nicht politisiert.

Wenn dem demokratischen Gemeinwesen und seinen politischen Organisationen daran gelegen ist, die soziale Schieflage der politischen Teilhabe zu beheben, müssen gezielt junge interessierte Menschen aus bislang unterrepräsentierten Milieus angesprochen und für die gemeinsame Sache gewonnen werden. Diese müssen dann weitere MitstreiterInnen gewinnen, bis in einem sozialen Bezugsraum genügend Vertrauenspersonen zur Verfügung stehen, um in die Breite zu wirken.

Es kann als eine Faustregel der Demokratie gelten, dass Menschen von Zeit zu Zeit im politischen Personal ihresgleichen erkennen müssen, um Bindungen zu öffentlichen Persönlichkeiten, aber auch zum politischen System an sich aufzubauen. Einer reinen „Stellvertreter-Demokratie“, in der die Angehörigen eines Milieus nur

die Aussicht darauf haben, sich von Mitgliedern anderer Milieus vertreten zu lassen, mangelt es an lebensweltlicher Fundierung.

Brücken lassen sich allerdings nicht nur vor Ort, sondern auch auf der großen medialen Bühne bauen. Derzeit sind die Sphären von Politik einerseits, Kunst und Unterhaltung andererseits relativ strikt voneinander getrennt. Wenn KünstlerInnen und Prominente sich überhaupt engagieren, handelt es sich meist um eng begrenzte, themenbezogene Kampagnen. Eine klare Positionierung im politischen Raum findet meist nicht statt.

Es gibt keinen überzeugenden Grund, warum dies langfristig so bleiben sollte. Im Gegenteil: Die aktuelle Aufgabentrennung verengt die politische Sphäre unnötigerweise auf die Domäne einer kleinen Zahl "grauer" BerufspolitikerInnen. Es wäre ein großer Zugewinn, wenn junge Menschen das Politische auch in ihren unmittelbaren medialen Identifikationsfiguren erkennen könnten.

Es geht hier wohlgerne nicht um die kollektive Vereinnahmung von MusikerInnen oder Youtube-KünstlerInnen durch die Berufspolitik. Ein bisschen weniger Scheu beider Seiten, gesellschaftlich relevante Debatten gemeinsam zu führen, wäre jedoch angebracht. Es ist nachvollziehbar, dass sich Jugendliche eher mit den Argumenten ihrer Stars auseinandersetzen, als mit jenen bierernster Fraktionsvorsitzender.

V. Fazit

In einer Demokratie, die unter sozialer Schieflage leidet, werden Jugendliche aus prekären Lebenswelten um ihre Teilhabechancen gebracht. Sie wachsen in einer Situation auf, in der politische Ohnmacht der Regelfall ist, und laufen so selbst Gefahr, ihre staatsbürgerlichen Rechte nicht wahrzunehmen. Auch unser politisches System kann diesen Verlust langfristig nicht verkraften.

Doch es besteht Hoffnung. Die Gespräche mit Jugendlichen aus problemreichen Berliner Stadtteilen haben gezeigt, dass das Potenzial für politische Teilhabe existiert: Interesse und die Lust, sich einzubringen, sind prinzipiell gegeben. Allerdings muss die politische Ebene mindestens einen Schritt auf die jungen Menschen zugehen und ihnen mit respektvoller Wertschätzung sowie Geduld begegnen. Organisationen müssen ihre bisherige Partizipations- und Rekrutierungslogik hinterfragen, sich für Engagierte aus bislang unterrepräsentierten Milieus öffnen. Die Politik darf ihre Präsenz nicht auf Räume konzentrieren, in denen Teilhabe ohnehin eine Selbstverständlichkeit ist. Junge Engagementwillige müssen gezielt angesprochen und gefördert werden, um sie in ihrem Kampf gegen lähmenden Gruppendruck zu unterstützen. Zudem muss der Aufbau von politischen und zivilgesellschaftlichen Vertrauensnetzwerken in entpolitisierten Bevölkerungsteilen als vorrangige Aufgabe aller politischen Akteure verstanden werden. Wenn wir uns die Zeit für diese Anstrengungen nehmen, kann unsere Demokratie nur gewinnen.

Der Autor



Jérémie Gagné ist seit 2014 Junior Policy Fellow im *Progressiven Zentrum*. Er arbeitet hauptberuflich bei *policy matters* in der empirischen Politikforschung, wo er diverse qualitative und quantitative Studien zu politischen Einstellungen in der Bevölkerung betreut. Zuvor war er bei der *Bertelsmann Stiftung* als Projektmanager tätig, wo er sich intensiv mit NichtwählerInnen und politischer Entfremdung beschäftigt hat. Jérémie hat in Berlin und Paris Politik- und Europawissenschaften studiert.

Das Democracy Lab des Progressive Zentrums

Das *Democracy Lab* ist die Plattform für demokratische Innovationen im *Progressiven Zentrum*. Das **DEMO CRACY LAB** vernetzt und fördert Projekte, die Herangehensweisen und praktische Lösungsansätze für die Innovation der liberalen Demokratie und die Stärkung politischer Akteure und Institutionen entwickeln. Die Projekte im Lab sind interdisziplinär und international und werden in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnerorganisationen realisiert.

Das *Democracy Lab* beschäftigt sich mit dem Thema politische Teilhabe von Jugendlichen im Rahmen des Projekts „*Democracy 2025: Demokratische Innovationen für eine Gesellschaft im Wandel*“, unterstützt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als Teil des Programms „*Demokratie leben!*“.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Das Progressive Zentrum

Das *Progressive Zentrum* ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel von *Das Progressive Zentrum* ist es, gemäß dem Dreiklang „*Vordenken – Vernetzen – Streiten*“ fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Wir wollen dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.



Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018

Ausgabe: April 2018

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,
Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Design: 4S & Collet Concepts
Layout: Daniel Menzel